



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen

Haller, Johannes

Stuttgart [u.a.], 1930

der Frankfurter Friede

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77090)

schloß den Frieden mit einer besiegten französischen Republik. Im Schlosse Ludwigs XIV. war am 18. Januar der König von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen worden. Der Westfälische Friede war aufgehoben, das Werk Ludwigs XIV. zerstört. Den endgültigen Abschluß brachte am 10. Mai 1871 der Friede zu Frankfurt, der mit geringfügigen Änderungen das Werk von Versailles bestätigte.

Heute neigt man dazu, diesen Friedensschluß für verfehlt zu halten, weil er mit der erzwungenen Abtretung von zwei Provinzen Frankreich zum dauernden Feinde des Deutschen Reiches gemacht habe. Wer sich an die Oberfläche der Erscheinungen hält, wird so urteilen; wer den Dingen auf den Grund geht, kann nicht zweifeln, daß überlegene Einsicht auch in diesem Fall die Entschlüsse geleitet hat.

Aus den Gründen, die ihn bestimmten, das Elsaß zu fordern, hat Bismarck nie ein Hehl gemacht. Er unterschied sich darin wesentlich von der deutschen öffentlichen Meinung, die im Elsaß und in Lothringen vor allem den alten rechtmäßigen Besitz des Reiches und der Nation, im Elsaß auch das immer noch deutsche Land sehen wollte, das in Zeiten deutscher Ohnmacht geraubt sei und dessen Wiedergewinnung den Beweis neuen Erstarkens zu liefern habe. In der Tagespresse und in Flugschriften war dieser Gedanke sogleich bei Kriegsbeginn, ja schon vorher, als man den Krieg erst kommen sah, immer wieder geäußert worden. Nur sehr wenige Stimmen hatten zu widersprechen gewagt. Wie volkstümlich die Forderung war, zeigt am besten der hessische Minister Freiherr von Dalwigk, der seit 1866 im Namen seiner Regierung beständig stillen Landesverrat mit Frankreich getrieben hatte, auch persönlich nahe Beziehungen zu Frankreich besaß, jetzt aber, am 6. August — am Tage von Wörth — zum preußischen Gesandten sagte, daß das Ziel des damaligen nationalen Kampfes ein weit größeres sein müsse als ein billiger Friedensschluß mit Frankreich. Es handle sich jetzt um Wiedereroberung der alten Provinzen Elsaß und Lothringen, und wenn Preußen diese Provinzen als Mitgift mitbringe, solle für 1866 Indemnität gern gewährt sein.

Dann möge sich König Wilhelm die deutsche Kaiserkrone aufsetzen, und alle Parteien würden mit ihm einverstanden sein.

Bismarck hat diese Denkweise nicht geteilt. Das Gerede vom „deutschen Elsaß“ nannte er ärgerlich eine „Professoren-idee“. Noch war es ja keine zwei Jahre her, daß er diese Eroberung als allzu unsicheren Gewinn abgelehnt hatte. Und doch bestand er jetzt mit Festigkeit sofort auf dem Elsaß wie auf Deutschlothingen und Metz! Ob er dabei die volkstümliche Auffassung der Dinge ganz außer acht lassen konnte, mag eine offene Frage sein. So stark war nun einmal das Verlangen der Nation nach Wiederherstellung ihres alten Besitzes, daß es sogar für Bismarck nicht leicht gewesen wäre, den Verzicht zu rechtfertigen. Vielleicht hätte selbst er es unmöglich gefunden, ohne diesen Gewinn aus einem siegreichen Kriege heimzukehren, wenn nicht ohnehin Gründe anderer Art ihm den Entschluß aufgedrängt hätten, den die öffentliche Meinung von ihm erwartete. Was ihn dazu bewog, war das „geographische Bedürfnis“, wie er es einmal genannt hat, Süddeutschland gegen den Angriff zu sichern, der es von einem französischen Straßburg und Weißenburg her jederzeit bedroht haben würde, ohne daß Preußen dagegen hätte Schutz bieten können. Dieser Gesichtspunkt allein genügte ihm. Fünfzehn Jahre früher hatte er das aus dem Munde des Königs von Württemberg in beredter Form vernommen. Die Auseinandersetzungen des Königs hatten ihm den tiefsten Eindruck gemacht, privatim und öffentlich ist er von 1858 bis 1895 oft auf sie zurückgekommen. Er hat sie sich vollständig angeeignet, sie gaben in seinen Erwägungen den Ausschlag. In wechselnden Fassungen hat er den Gedanken immer wieder vorgetragen: daß Deutschland das Elsaß brauche als ein Glacis, auf dem es sich wehren könne, ehe der Gegner bis Stuttgart vordringe; daß die Ausgangspunkte des französischen Angriffs weiter zurückverlegt werden müßten, damit Süddeutschland nicht überrannt werde; und am wirksamsten in dem Satz, daß Straßburg und Metz aus Ausfallstören der französischen Offensive in Bollwerke der deutschen

Verteidigung verwandelt werden müßten. Bismarck hat nicht gewußt, daß er mit diesem Vergleich nichts Neues sagte. Ganz so wie er hatten sich andere vor ihm ausgesprochen: zur Zeit Ludwigs XIV. der kaiserliche Feldherr Markgraf Ludwig von Baden, im Jahre 1814 Gneisenau und der bayrische Generalstab, als sie die Notwendigkeit der Rückforderung des Elsaß um der Sicherheit von Süddeutschland willen befürworteten. Davon wird Bismarck nichts gewußt haben. Er wußte ebensowenig, daß er, als er Straßburg und Metz die Ausfallstore französischer Offensive nannte, das gleiche Bild gebrauchte, mit dem Richelieu einst das Bedürfnis der Eroberung des Elsaß einleuchtend gemacht hatte. So sehr entsprach die Ansicht, die er vertrat, der Natur der Dinge, daß er, ohne es zu ahnen, in die Ausdrucksweise des Feindes verfiel, dessen Werk er nun zerstörte.

Nicht als ob in seinen Augen der Besitz von Elsaß und Metz unter allen Umständen für Deutschland unentbehrlich gewesen wäre. Er war es nur im Hinblick auf den künftigen Krieg mit Frankreich, den er jetzt, nachdem es einmal zum Zusammenstoß gekommen war, mit Sicherheit erwartete. Darüber hat er sich bald nach dem Friedensschluß zu einem französischen Diplomaten mit voller Offenheit ausgesprochen: er sei überzeugt, daß Frankreich früher oder später Vergeltung suchen werde, und für diesen Fall bedürfe Deutschland eines festen Grenzschutzes. Er ging so weit, zu gestehen: könnte man den Frieden für dauernd halten, so wäre die Annexion ein Fehler gewesen, denn für das Reich seien Elsaß und Lothringen eine Schwierigkeit. Von einer „peinlichen Last“ (*corvée pénible*), die man auf sich nehmen müsse, hat er ein anderes Mal gesprochen.

Daß die Auffassung Bismarcks beim Erwerb Elsaß-Lothringens maßgebend gewesen ist, müßte man auch ohne besondere Beweise annehmen. Zum Überfluß wird es bestätigt durch das Zeugnis des ersten Deutschen Kaisers. Im Verlauf der geheimen Verhandlungen über Friedensschluß und Wiedereinsetzung Napoleons, die im Herbst 1870 geführt wurden, hat Wilhelm I. gegenüber der Kaiserin Euge-

nie in voller Aufrichtigkeit ausgesprochen, was ihn nötigte, die Abtretung zu fordern. „Ich liebe“, schreibt er ihr am 26. Oktober, „mein Land wie Sie das Ihre, darum verstehe ich die bitteren Gefühle, die das Herz Eurer Majestät erfüllen. Nachdem aber Deutschland ungeheure Opfer für seine Verteidigung gebracht hat, will es sicher sein, daß der nächste Krieg es besser gerüstet finde, den Angriff abzuschlagen, mit dem wir zu rechnen haben, sobald Frankreich seine Kräfte wiederhergestellt hat. Diese traurige Erwägung allein ist es, und nicht der Wunsch, mein Vaterland zu vergrößern, was mich zwingt, auf Landabtretungen zu bestehen, die keinen andern Zweck haben, als für die Zukunft den Ausgangspunkt der französischen Heere zurückzuverlegen.“

Maurice Paléologue, der dieses Schreiben zuerst veröffentlichten durfte, hatte nicht den geringsten Grund, sich über die „brutale Offenheit“ zu entrüsten, mit der hier eingestanden werde, daß Deutschland kein anderes Recht für die Annexion der Provinzen geltend gemacht habe als das Bedürfnis seiner Sicherheit. Als Kenner der neuesten Geschichte, der er ist, mußte er wissen, daß dieses Geständnis gar nichts Neues enthielt. Daß Bismarck immer dasselbe gesagt hat, kann dem erfahrenen Beamten des französischen Auslandsdienstes nicht unbekannt gewesen sein. Nur um der stärkeren Wirkung willen stellt er sich überrascht. Aber auch das ist bei einem Franzosen ein befremdliches Verhalten. Merkt er denn nicht, daß Wilhelm I. und Bismarck genau den gleichen Gedanken aussprechen, mit dem die französische Politik seit 1815 beständig gearbeitet hatte, um die erstrebte Eroberung des Rheinlands zu rechtfertigen? Um der Sicherheit Frankreichs willen sollte das linke Rheinufer französisch werden; um der Sicherheit Deutschlands willen wurden Elsaß und Lothringen gefordert. An den Rhein sollte die Grenze verlegt werden müssen, weil sonst Paris ihr zu nahe war; hinter die Vogesen mußte die französische Aufmarschlinie zurückgeschoben werden, wenn Süddeutschlands Hauptstädte, Karlsruhe, Stuttgart, München, nicht einem französischen Angriff preisgegeben sein sollten. Zug um Zug ist es der

gleiche Gedankengang, das gleiche Spiel, nur auf umgekehrtem Brett.

Wir wollen nicht fragen, ob das, was Frankreich immer recht gewesen ist, Deutschland nicht billig sei, denn damit wäre viel zu wenig gesagt. Wer die Geschichte kennt, bedarf keiner Belehrung darüber, daß Deutschland hundertmal mehr befugt war, das Bedürfnis seiner eigenen Sicherheit zur Richtschnur seiner Politik zu machen, hundertmal mehr als Frankreich, das sich immer darauf berufen hatte. Wenn man nach der Erfahrung urteilte — und wonach sonst sollte man urteilen? —, so war es Deutschland, das eines wirksamen Schutzes gegen den westlichen Nachbarn bedurfte, der sich keine Mühe gegeben hatte, zu verbergen, daß er in der Eroberung deutschen Bodens am Rhein das nächste Ziel seines Strebens sah; der seit zweieinhalb Jahrhunderten den Anspruch erhob, in der Gestaltung der deutschen Dinge bestimmend mitzureden; der die Ohnmacht Deutschlands zum unverrückbaren Grundsatz seiner ganzen Politik gemacht und jetzt den Krieg vom Zaune gebrochen hatte, um zu verhindern, daß die deutsche Nation zu Einheit und Macht gelange. Mit andern Worten: für Deutschland war ein möglichst starker Grenzschutz gebieterrische Notwendigkeit der Verteidigung, im Munde französischer Staatsmänner war er Vorwand und Deckmantel für Angriffsabsichten aller Art. Hätte es sich im Jahre 1870 nur um Städte und Festungen, Provinzen und Grenzlinien, um ein Mehr oder Weniger an Landbesitz gehandelt, man wäre befugt zu fragen, ob ein Schritt wie die Annexion Elsaß-Lothringens mit allen ihren Folgen vom Standpunkt der deutschen Politik notwendig und zweckmäßig sei. Hätte der französische Angriff der Eroberung Saarbrückens, der Pfalz und Rheinhessens oder des ganzen linken Rheinuferes gegolten, so ließe sich darüber reden, ob es nicht genüge, ihn zurückgewiesen zu haben und den *Status quo* zu behaupten. Aber so war es eben nicht! Nicht die Rheingrenze war das Kriegsziel gewesen, sondern die Verhinderung der deutschen Einheit, die

Auflösung der Verträge zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Südstaaten, womöglich die Auflösung des Bundes selbst. Wußte man das, so konnte nur ein politisches Kind glauben, die Franzosen würden, durch die Katastrophen von Metz, Sedan und Paris belehrt, ihr altes Dogma, die geheiligte Tradition ihrer guten alten Zeit fallen lassen, sich ohne weiteres mit dem Entstehen eines deutschen Reiches ausöhnen und — wie Edmond About nachträglich behauptet hat — seine „getreuen und ritterlichen Verbündeten“ werden, wenn man sie nur schonend behandelte. Wären sie dazu fähig gewesen, so hätten sie es vor 1870 tun können und tun müssen. Nach den schweren Niederlagen, die dieses Jahr ihnen gebracht hatte, konnte nur leichtfertige Fahrlässigkeit annehmen, daß die Politik der stolzen, ruhmsüchtigen und eiteln Nation auf etwas anderes gerichtet sein würde als auf die Zerstörung der neuen Großmacht, die sich ihr einmal so überlegen gezeigt hatte. Wer immer die Dinge sah, wie sie waren, mußte in seine Zukunftsrechnung als sicheren Posten auf der Soll-Seite der deutschen Politik das französische Rachebedürfnis einsetzen, und es fragte sich nur, ob man ihm gegenüber schwächer oder stärker sein, die Belastung, die aus ihm erwuchs, geduldig hinnehmen oder sie durch einen entsprechenden Aktivposten ausgleichen sollte. Der Staatsmann, der seiner Verantwortung bewußt war, konnte nicht im Zweifel sein, was er zu tun hatte. Darum hat Bismarck das Elsaß genommen, von dem er wußte, daß es nicht leicht zu behaupten sein würde. Es war eine Schwierigkeit, eine peinliche Last, aber es war eine Pflicht.

Das unbeteiligte Europa hat es nicht anders aufgefaßt. Das bezeugt ein englischer Historiker von erstem Rang. G. P. Gooch schreibt in seinem ausgezeichneten Buch über die deutsch-französischen Beziehungen seit 1871: „Außerhalb Frankreichs wurde die Annexion des Elsaß und eines Teiles von Lothringen als die natürliche Strafe für die Macht angesehen, die den Krieg erklärt hatte und geschlagen worden war. Und wo ist die Nation, die, mit bitteren Erinnerungen wie denen an die Einfälle Ludwigs XIV. und Napoleons,

aus einem blutigen Kampf mit leeren Händen zurückgekehrt wäre und ihren geschlagenen Feind im Besitz reicher Landschaften gelassen hätte, die zu ihrem eigenen entschwundenen Reich gehört hatten?“ So urteilten die Zeitgenossen; sie fanden den Frieden von Frankfurt ganz natürlich. Weder von Rußland noch von England kam der geringste Widerspruch. Man hatte wohl auch dort das Gefühl, daß jetzt nachgeholt werden müsse, was 1815 versäumt worden war: gegen das ewig unruhige, stets um sich greifende Frankreich einen festen Damm aufzurichten, der es ihm auf absehbare Zeit unmöglich machte, mit seinen nie verleugneten Absichten auf Ausdehnung nach dem Rhein alle europäischen Staaten fortwährend in Mitleidenschaft zu ziehen. Das Frankreich Napoleons III. war im Laufe der Zeit allen Mächten gründlich unbequem geworden. Schon 1842 hatte König Leopold von Belgien gemeint, seit fünfzig Jahren sei Frankreich die Pandorabüchse, aus der das Unglück für Europa komme. Seitdem war es nicht anders geworden. Diesem Zustand ein Ende zu machen, war in den Augen Europas die Aufgabe des neuen Deutschen Reiches.